

## **Antwort**

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 965

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2484

### **Barnimer Landrat verweigert seit 3 Jahren Umsetzung eines Kreistagsbeschlusses auf Einführung von Livestream-Übertragungen**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Der Kreistag Barnim hat in seiner Sitzung am 06.12.2017 beschlossen, eine generelle Livestream-Übertragung seiner Sitzungen vorzunehmen. Der im Jahr 2018 neu gewählte Landrat möchte jedoch keinen Livestream. „Dementsprechend“ wurde der Beschluss des Kreistages seit mittlerweile 3 Jahren nicht umgesetzt. Es findet kein Livestream statt. Im Rahmen der Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages im März 2020 unternahm der Landrat den Versuch, den Livestream-Beschluss durch eine entgegenstehende Regelung in der Geschäftsordnung auszuhebeln. Dieser Versuch wurde abgelehnt, durch eine weitere Abstimmung bekräftigte der Kreistag, den Livestream zu wollen. Doch dadurch lässt sich der Landrat nicht beeindrucken. Es wird auch seitdem konsequent kein Livestream eingerichtet. Zynischerweise wird dies mittlerweile mit Corona und dem neuen Tagungsraum des Kreistages gerechtfertigt und darauf verwiesen, dass es sich nicht lohne, für den „Übergangssitzungsraum“ (der mittlerweile seit über einem halben Jahr verwendet wird) dies einzurichten.

Frage 1: Ist der Landrat verpflichtet, rechtmäßige Beschlüsse des Kreistages umzusetzen?

zu Frage 1: Ja. Nach § 131 Absatz 1 i. V. m. § 54 Absatz 1 Nummer 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist der Landrat verpflichtet, die Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses auszuführen und die ihm vom Kreisausschuss übertragenen Aufgaben (§ 50 Absatz 3 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg) wahrzunehmen. Der Landrat hat mit seiner Verwaltung alle rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Beschlüsse im größtmöglichen Umfang ihre Wirkung entfalten können.

Frage 2: Wenn ja, gilt dies auch im Barnim?

Frage 3: Wenn ja, gilt dies auch, wenn dem Landrat der Beschluss nicht gefällt?

zu den Fragen 2 und 3: Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 4: Welche praktischen Möglichkeiten hat der Kreistag, die Umsetzung seines Beschlusses zu erzwingen?

zu Frage 4: Der Kreistag ist im Zuständigkeitskanon der Kommunalverfassung das Willensbildungsorgan des Landkreises und kann demzufolge keine eigenen Vollzugshandlungen vornehmen.

Frage 5: Entspricht es den Empfehlungen der Landesregierung, in Zeiten der Corona-Pandemie sogar weniger Digitalübertragung anzubieten, als gängig und beschlossen?

zu Frage 5: Nach § 9 der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung haben die kommunalen Vertretungskörperschaften, wenn sie die Abweichungsmöglichkeiten gemäß § 5 bis 8 dieser Verordnung nutzen, zur Sicherstellung des Öffentlichkeitsgrundsatzes mindestens die dort genannten Maßnahmen umzusetzen. Die Übertragung der Sitzungen mittels Livestream ist nicht in dieser Verordnung vorgesehen. Die Kommunen können in eigener Zuständigkeit entscheiden, ob sie eine Livestream-Übertragung von Sitzungen ihrer Gremien vornehmen.

Frage 6: Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um solch eklatanten Verstößen gegen die gesetzlich bestehenden Verpflichtungen von Hauptverwaltungsbeamten generell Einhalt zu gebieten?

zu Frage 6: Der Landesregierung sind keine Anhaltspunkte dafür bekannt, dass Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamte über einzelne Fälle hinaus generell ihren rechtlichen Verpflichtungen gemäß § 54 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nicht nachkommen. Für eine Änderung von Rechtsvorschriften besteht daher keine Veranlassung.